

## CDU hat "Sympathie für Elterngeld"

### **BERLIN -**

Die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen hält die Einführung eines auch von der SPD vorgeschlagenen lohnabhängigen Elterngeldes langfristig für möglich.

(...)

Familienministerin Renate Schmidt (SPD) erklärte, das Elterngeld könne einen Absturz des Lebensstandards verhindern. Auch in der Union sei das Thema Elterngeld angesichts des Einkommenseinbruchs diskutiert worden, sagte von der Leyen, die im Kompetenzteam der Union für Familien- und Gesundheitspolitik zuständig ist. Das Land sei aber am Ende seiner finanziellen Möglichkeiten. Auch ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab zwei Jahren sei derzeit nicht finanzierbar.

Familienministerin Schmidt warb erneut für die Einführung des Elterngelds. "Mit der Entscheidung für ein Kind ist bisher ein Absturz des Lebensstandards verbunden, so daß viele Paare auf Kinder verzichten. Das müssen wir ändern", sagte sie.

Die SPD will das Elterngeld ab 2008 einführen. Es soll zwölf Monate lang gezahlt werden und 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens des Elternteils, der das Kind betreut, betragen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) würde das Elterngeld den Staat bei 700 000 Geburten im Jahr 1,2 Milliarden Euro mehr als bisher kosten.

Schmidt kritisierte den von der Union geplanten Kinderbonus von 50 Euro bei der Rentenversicherung als "untauglich". Sie habe "noch niemanden getroffen", der sich deswegen für ein Kind entscheide. Dem stimmten auch der Wirtschaftsweise Bert Rürup, der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen, der Demographieforscher Axel Börsch-Supan und der DIW-Forschungsdirektor Gert Wagner zu. Rürup sagte: "Durch das Konzept werden die Erziehungsleistungen von Beamten, Selbständigen und Sozialhilfeempfängern diskriminiert, die keine Rentenversicherungsbeiträge bezahlen".

*dpa, epd*

*Der vollständige Artikel ist am 29. August 2005 im Hamburger Abendblatt erschienen.*